

Zimmermann, Klaus F.

Article

Die neue soziale Frage: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Zimmermann, Klaus F. (2010) : Die neue soziale Frage: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 77, Iss. 8, pp. 24-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151921>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Die neue soziale Frage

von Klaus F. Zimmermann *

Es ist paradox: Die Sozialausgaben erreichten 2009 die Rekordsumme von 754 Milliarden Euro, dennoch wird die gefühlte Gerechtigkeitslücke immer größer.

Aus dieser Sozialstaatsfalle finden wir nur durch einen Paradigmenwechsel heraus: Wir dürfen die Qualität unseres Sozialstaates nicht länger nur über seine rein finanziellen Aufwendungen definieren. Der bisherige Ansatz der Sozialpolitik war zwar bequem, führte aber in die Irre. Nicht der bedarfsgerechte und zielgenaue Umgang mit öffentlichen Mitteln war bestimmend, sondern ein Anspruchsdenken, das den Wohlfahrtsstaat missversteht als permanenten Reparaturbetrieb für alle Schicksalsfälle des Lebens. Größter Handlungsbedarf besteht beim Thema Arbeitslosigkeit. Die jüngsten Karlsruher Urteile bieten der Politik jetzt die Chance, die Arbeitsmarktreformen neu auszurichten. Mit dem geltenden Instrumentarium ist es nämlich offenkundig nicht ausreichend gelungen, der Hauptproblemgruppe der Langzeitarbeitslosen passgenau zu helfen. Ergebnis: Ihre Zahl ist nur leicht rückläufig; Deutschland weist international noch immer eine der höchsten Quoten von Langzeitarbeitslosen auf.

Zugleich wissen wir, dass Langzeitarbeitslose nichts mehr wollen als einen Job. Die Berliner Politik ist dringend aufgerufen, aus diesen Fehlentwicklungen die Konsequenzen zu ziehen:

- Bei der angestrebten Reform der Jobcenter muss oberstes Prinzip sein, für jeden einzelnen Kunden eine effektive individuelle Beratung und begleitende Betreuung aus einer Hand zu garantieren – und zwar vom ersten Tag der Arbeitslosigkeit.
- Für jugendliche Abbrecher, Ungelernte, Migranten, Alleinerziehende setzt diese Hilfe bisher oft viel zu spät an. Dabei geht es oft nicht nur um eine Jobvermittlung, sondern auch um die Lösung sozialer Konflikte, familiärer Probleme, um Motivations- und Qualifikationsdefizite, die sich bei der Beschäftigungssuche als Hemmnisse erweisen.
- Statt Regelsätze zu erhöhen, sollten Einstellungs- und Bildungsgutscheine Qualifikationen gezielt fördern und Brücken in die Beschäftigung vermitteln; kostenlose Angebote könnten überdies die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglichen. Der Grundsatz *Sach- und Dienstleistungen statt Bargeld* muss noch mehr für die viel zu hohe Zahl der Kinder gelten, die mit Hartz IV leben müssen. Wer diesen Kindern bessere Lebenschancen eröffnen will, tut dies nicht durch reine Geldleistungen, sondern am besten über gute Betreuung und außerschulische Förderung.

Die Zukunft gehört dem vorsorgenden Sozialstaat, der den Sprung in die Eigenverantwortung ermöglicht. Unser Gemeinwesen nach diesem Prinzip effektiv zu organisieren, ist die neue soziale Frage.

* Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat

Dr. Markus Grabka
Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.